

PISA-DEBAKEL

Offensive Defensive



Es geht voran, meinte Unterrichtsministerin Anne Brasseur während der Orientierungsdebatte ein Jahr nach PISA. Bloß wohin?, fragt die Opposition.

Ein geschickter Schachzug war das. Als die Unterrichtsministerin Anne Brasseur am vergangenen Mittwochabend endlich an die Reihe kam, um in der Orientierungsdebatte zur PISA-Studie Stellung zu beziehen, zauberte die DP-Politikerin erst einmal jede Menge Papier hervor. Statistiken, Orientierungsdokumente, Lesebibeln, eine CD-Rom und sogar drei Gesetzesentwürfe hinterlegte sie beim verdutzten Chamberpräsidenten und konterte damit - zumindest vordergründig - den Vorwurf der rot-grünen Opposition, die Regierung habe seit dem PISA-Debakel im Dezember 2001 noch immer keine Maßnahmen gegen den Bildungsnotstand in Luxemburg ergriffen.

"Die Bildungs-offensive geschieht in Ruhe", erteilte Brasseur all jenen eine Abfuhr, die nach dem dramatisch schlechten Abschneiden luxemburgischer SchülerInnen beim PISA-Test vielleicht gehofft hatten, dies könnte endlich Anlass zu tief greifenden Reformen geben. Statt dessen verwies die Ministerin auf eine Aussage des Max-Planck-Experten Jürgen Baumert. Dieser hatte im Zusammenhang mit den PISA-Ergebnissen gemeint, er fürchte sich am meisten "vor jenen Personen, die jetzt genau wissen, was zu tun ist".

Ohne wissenschaftliche Basics

Dass die selbst ernannte Pragmatikerin eine Freundin der kleinen Schritte bleibt, zeigt ein genauerer Blick auf die verschiedenen, in einem Bericht an die zuständige Parlamentskommission vollmundig angeführten Maßnahmen. Als erledigt oder in der Umsetzung begriffen führt das Ministerium unter anderem Punkte wie die Einführung neuer Lernbibeln, der "éducation précoce" oder des Team-Teachings auf. Luxemburgisch als Unterrichtssprache frühzeitig vermittelt, soll Kindern helfen, sich der

deutschen Sprache anzunähern. Eine gute Idee, allerdings sind die meisten ErzieherInnen im "précoce" nicht - wie in anderen Ländern - für eine solche Spracherziehung ausgebildet. Zudem fehlt es, obwohl viele der Initiativen aus der Zeit vor PISA entstanden sind, noch immer an einer wissenschaftlich fundierten Evaluation. Der genaue Wert dieser Maßnahmen bleibt also weiterhin ungewiss.

Auch die Ankündigung, Schulen künftig mehr Gestaltungsspielraum zu geben, entpuppt sich bei näherem Hinsehen als zweifelhafte Angelegenheit. Die Reform des Schulgesetzes von 1912 und die Re-Organisation des Post-Primärunterrichts bringen Eltern, SchülerInnen und Lehrerschaft eher weniger als mehr Mitspracherecht an den Schulen. Aber darüber spricht offiziell, bis auf die Gewerkschaften und die Elternvereinigungen, niemand.

"Wir laufen vor eine Gummi-mauer", beschrieb der sozialistische Abgeordnete Jos Scheuer erzürnt die Nach-PISA-Debatten in der Bildungskommission. "Imperméable" sei die Ministerin. Wer weiß, dass beispielsweise von den über 40 gemachten Vorschlägen der Gewerkschaften zur Reform des Schulgesetzes von 1912 lediglich drei kleine Maßnahmen zurückbehalten und dass zum öffentlichen Hearing zu PISA betroffene NGOs und Wirtschaftsverbände gar nicht erst eingeladen wurden, weiß auch, woher diese Einschätzung herrührt.

"Ich bin überzeugt, dass es die richtigen Maßnahmen sind, sonst würde ich sie nicht nehmen", lautet das unerschütterliche Credo der Ministerin. Bleibt die Frage, woher Anne Brasseur diese Gewissheit hat, wenn doch bis heute keine wissenschaftlich fundierte Analyse der luxemburgischen Bildungskatastrophe existiert und im Ministerium bis heute keine spezialisierten (Bildungs-)Fachkräfte eingestellt wurden? ExpertInnen

in ganz Europa, und ja sogar die Ministerin selber, sind sich jedoch einig über die Besonderheit und Komplexität des Luxemburger Schulwesens mit seiner Mehrsprachigkeit und seinem hohen Ausländeranteil.

Bei so wenig gesammelter Fachkompetenz wundert es auch nicht, dass die Punkte, die im Parlament vorgetragen wurden, bis auf wenige Ausnahmen an der Oberfläche blieben. Claude Wiseler von der CSV trug, nach der Pressekonferenz im November 2002 (siehe woxx Nr. 669), ein weiteres Mal seine 20 Punkte vor. Seine Vorschläge klangen ganz ähnlich wie Anne Brasseurs "Weiter so!" und Agnes Durdus (DP) "keine Panik-mache".

Rote Karte von den Grünen

Lediglich Robert Garcia ging das Bildungsthema grundsätzlicher an: Der grüne Abgeordnete wiederholte seine Forderung nach einer Gesamterhebung zum Schulsystem. In seiner Motion, die von der Regierungsmehrheit abgelehnt wurde, nannte Garcia sieben Punkte, um die Bildungsmisere zu beheben, darunter unter anderem die Einrichtung einer "Task-Force PISA". Diese hätte kurzfristig einen Aktionsplan PISA mit kurz- und mittelfristigen Maßnahmen erstellen können, ähnlich dem bereits existierenden "Plan national de l'emploi". Statt verschiedene unkoordinierte Einzelaktionen zu starten, forderte der Politiker zudem ein kohärentes Sprachenkonzept. "Wir haben zwar ein Sprachenproblem, aber das ist nicht unlösbar", betonte Garcia in seiner Rede.

Wie ein solches Konzept im Ansatz aussehen könnte, haben die Grünen bereits in ihrem Bildungsgrundsatzpapier von 1998 erörtert: Statt als Lehrinhalt (zu) viel Grammatik festzuschreiben, plädiert die Partei in Sachen Spracherwerb für mehr Praxisnähe und für die Förderung der kommunikativen Fähigkeiten zu üben. Garcia kritisierte in diesem Zusammenhang, dass es in der öffentlichen Schule noch immer an flächendeckenden Sprach-Förderkursen für lernschwache SchülerInnen mangle, wie es sie beispielsweise in der katholischen Privatschule Fieldgen gibt. Sprachförderung sowie die Einführung der Gesamtschule sieht der Grüne denn auch als wichtigste Maßnahmen, um der durch die PISA-Studie bescheinigten sozialen Ungleichheit beizukommen. Solche Forderungen bleiben mit der jetzigen Bildungsministerin freilich ausgesprochenes Wunschdenken.

Die traurige Tatsache, dass das luxemburgische Schulsystem insbesondere AusländerInnen benachteiligt und ausselektiert, ist übrigens beileibe keine neue Erkenntnis, sondern schon seit der Maghreb-Studie in den 1970ern wissenschaftlich belegt. Eine weitere Studie könnte noch genauere Erkenntnisse über den Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungsabschlüsse liefern. Könnte - schränkte der LSAP-Abgeordnete Scheuer ein. Denn die vom Unterrichtsministerium für August vergangenen Jahres angekündigte Veröffentlichung lässt noch auf sich warten.

Ines Kurschat

(Fast) alle gegen Krieg?

Alle sind gegen den Krieg, und die US-Amerikaner beginnen ihn trotzdem. Dieses Bild drängt sich auf, wenn man die Liste der Menschen und Organisationen betrachtet, die sich gegen eine militärische Aktion gegen den Irak aussprechen. Da hielten EU-Parlamentarier diese Woche Transparente mit "Kein Krieg" und "Kein Krieg für Öl" in die Luft, und eine Gallup-Umfrage ergab, dass mehr als die Hälfte aller EU-BürgerInnen keinen Militäreinsatz gegen die IrakerInnen wollen. Neben SpanierInnen und FranzöslInnen gehören die LuxemburgerInnen zur pazifistischen Spitze auf dem Alten Kontinent. Fast 60 Prozent der LuxemburgerInnen sind gegen den Irak-Krieg. Neben den UnterzeichnerInnen des Aufrufs zur Anti-Kriegs-Demonstration am 15. Februar (siehe unsere citizen-Seite) warnten auch ASTM und Caritas vor den Gefahren eines Krieges. Und auch Lydie Polfer will keinen Krieg: Während der gestrigen Parlamentsdebatte sprach sich die Außenministerin für diplomatische und friedliche Wege zur Lösung des Konflikts aus und forderte mehr Zeit für die UN-Waffeninspektoren. Die USA dürften jedoch nicht auf die Anklagebank gesetzt werden, so Polfer, sondern Saddam Hussein.

Flüchtlingsrat trifft Regierung: Magere Ernte

In der vergangenen Woche ist es zu dem lange ersehnten Gespräch zwischen VertreterInnen der Regierung und einer Delegation des Flüchtlingsrats über das Schicksal der abgelehnten AsylbewerberInnen aus Jugoslawien gekommen. Die MinisterInnen Marie-Josée Jacobs, Luc Frieden und François Biltgen trafen dabei auf Monique Ruppert (CCEA), Franco Bertamé (CCI), Sylvain Besch (Sesopi), Marc Crochet (Croix Rouge) und Yves Schmidt (Caritas). Das mehr als zweistündige Gespräch brachte laut Pressemitteilung des Flüchtlingsrats jedoch kaum einen Fortschritt: Die Regierung bleibt bei ihrer Haltung, indem sie weiterhin die Flüchtlinge zur Rückkehr in ihre Heimat auffordert. Auf dem Umweg einer Einstellungszusage von einem luxemburgischen Arbeitgeber gebe es keine Bleibemöglichkeit. Der Flüchtlingsrat zeigt sich weiterhin besorgt über die Politik der Zwangsrückführung, heißt es in dem Communiqué. Er verweist nochmals auf die bereits im vergangenen Sommer beschlossenen Vorschläge zur Rückführung und plädiert unter anderem "pour que la procédure liée au retour soit plus compréhensible pour les concernés".

Souriez, vous êtes fichés!

Dans la répression des excès de vitesse, les appareils policiers européens n'hésitent pas à passer sur le ventre des principes de protection des données. Dans une question parlementaire, Gusty Graas (DP) avait demandé selon quelles lois et modalités les conducteur-trice-s de voitures avec plaques luxembourgeoises qui se font flasher en Belgique sont identifié-e-s et poursuivi-e-s. Dans sa réponse, le ministre de l'Intérieur Michel Wolter explique que la communication des noms des propriétaires de véhicules est rendue possible par le principe de la libre circulation des données ... ancré dans une directive européenne intitulée également - faut-il en rire? - "relative à la protection des données". Plus précisément, la communication de ce type de données est prévue par la convention européenne d'entraide judiciaire, et ceci envers tous les pays adhérant au fameux Accord Schengen. La police luxembourgeoise, sur demande de la police belge, profite de son accès direct au fichier des véhicules routiers pour livrer les noms des supposés contravenant-e-s. Enfin, Michel Wolter affirme qu'au nom de la sauvegarde de la prévention, les personnes en cause n'ont même pas le droit d'être informé-e-s de ce transfert.